Der Werdegang der sozialistischen Rechtsanwaltschaft in der DDR

Rechtsanwalt FRIEDRICH WOLFF, Mitglied des Kollegiums der Rechtsanwälte in Berlin

Die Befreiung des deutschen Volkes vom Faschismus schuf auch für die Rechtsanwälte die Möglichkeit eines demokratischen Neubeginns. Er konnte sich naturgemäß nur im Rahmen einer Demokratisierung der Justiz vollziehen, die durch den Einsatz bewährter Antifaschisten als Volksrichter und Volksstaatsanwälte gekennzeichnet war. Auch zahlreiche dem Fortschritt gegenüber aufgeschlossene Rechtsanwälte stellten sich nach 1945 für den Aufbau einer neuen, demokratischen Justiz als Richter, Staatsanwälte und Mitarbeiter der Justizverwaltung zur Verfügung. Die Mehrzahl der Rechtsanwälte nahm jedoch gegenüber der gesellschaftlichen Entwicklung eine abwartende Haltung ein. Während Richter und Staatsanwälte den Rechtsanwälten in der Erkenntnis der gesellschaftlichen Zusammenhänge überlegen waren und die gesellschaftliche Entwicklung von dieser Position aus bewußt förderten, waren viele Rechtsanwälte den neuen gesellschaftlichen Verhältnissen gegenüber wenig aufgeschlossen und übten ihren Beruf in der seit der Rechtsanwaltsordnung von 1878 geprägten Art und Weise aus. Damit hemmten sie nicht nur die gesellschaftliche Entwicklung, sondern verbauten sich — teilweise ganz bewußt — den Weg ihrer eigenen Weiterentwicklung.

Die Bildung der Kollegien der Rechtsanwälte

Die VO über die Bildung der Kollegien der Rechtsanwälte vom 15. Mai 1953 (GBl. Nr. 66 S. 725) trug der Erkenntnis Rechnung, daß es unabweißbar geworden war, die Anwaltschaft weiter in die allgemeine Neuordnung unseres Rechtswesens einzubeziehen.²

Die Gründung der Kollegien der Rechtsanwälte war die Umsetzung der Beschlüsse der 2. Parteikonferenz der SED (Juli 1952) durch fortschrittliche Rechtsanwälte. Durch ihre Initiative wurde die Periode der Herausbildung einer sozialistischen Rechtsanwaltschaft in der DDR eingeleitet. Es war die Zeit der enthusiastischen „Gründer“, die dem Aufbau einer sozialistischen Anwaltschaft ihre ganze Kraft widmeten, die Zeit heißer Diskussionen, ob das Vorhaben überhaupt möglich ist und wie es auszuführen wäre. Gegner traten hervor, und Zweifler setzten auf Zeitgewinn. Die Heftigkeit und Intensität der Hetze, die nicht nur die Massenmedien der BRD und Westberlins, sondern auch Vertreter der Anwaltschaft der BRD gegen die Kollegien entfalteten, beeindruckte politisch ungefestigte Rechtsanwälte. Notare wollten nicht das Notariat aufgeben, aus dem sie einen nicht unwesentlichen Teil ihrer Einkünfte bezogen. Doch schließlich siegte in allen Bezirken der Gedanke an eine sozialistische Zukunft der Rechtsanwaltschaft. 1954 waren in allen Bezirken Kollegien gegründet; allerdings stand noch mancher Rechtsanwalt abseits, den es zu überzeugen galt.

Neben der zahlenmäßigen Erweiterung der Kollegien war es zunächst notwendig, ihre Organisation durchzubilden und zu festigen. Das Abrechnungssystem mußte detailliert ausgestaltet werden, Fragen der Firmierung (mit dem Namen des Anwalts und in welcher Form), der Rolle und eventuellen Bezahlung des Vorsitzenden, der Struktur der Zweigstellen und der Zentralen Verwaltungsstelle waren zu klären.

In jeder organisatorischen Frage steckte auch ein ideologisch-politischer Kern. Nach heftigen Diskussionen fielen Entscheidungen, die das Gesicht der Kollegien auf Jahre hinaus bestimmten. Naturgemäß wurden nicht alle Fragen

in allen Kollegien auf die gleiche Art gelöst. Es war daher erforderlich, den Erfahrungsaustausch zwischen den Kollegien zu entwickeln. Dem entsprachen zunächst die Arbeitstagungen des Ministeriums der Justiz mit den Vorsitzenden der Kollegien. Auf der Arbeitstagung vom 10. Juni 1956 wählten die Vorsitzenden einen Arbeitsausschuß, der dem Ministerium der Justiz die Bildung der Zentralen Revisionskommission der Kollegien der Rechtsanwälte der DDR vorschlug. Entsprechend dem Beschluß aller Kollegien bestätigte das Ministerium der Justiz am 14. Juni 1957 das Statut der Zentralen Revisionskommission als eine Einrichtung der Kollegien der Rechtsanwälte, nachdem es am 25. Mai 1957 einen Beirat für Fragen der Rechtsanwaltschaft als Organ des Ministeriums gebildet hatte.

Der ideologische Wandlungsprozeß der Rechtsanwälte

Die Lösung der mit der Herausbildung einer sozialistischen Rechtsanwaltschaft verbundenen organisatorischen Fragen war vergleichsweise einfach. Wesentlich schwieriger gestaltete sich der ideologische Prozeß der Entwicklung sozialistischer Anwaltpersönlichkeiten. Von Anfang an war klar, daß die Bildung der Kollegien nicht Selbstzweck sein konnte. Bereits vor der Gründung der Kollegien hatte H. Benjamin, damals Vizepräsident des Obersten Gerichts, erklärt, daß „eine neue Organisationsform allein die Frage unserer Anwaltschaft nicht löst, wenn die neuen Arbeitsmethoden nicht Ausdruck der ideologischen Wandlung unserer Anwaltschaft sind“.³ Monate später hob R. Helm unter Hinweis auf diese Worte H. Benjamins erneut die Bedeutung der ideologischen Arbeit hervor.⁴ Nachdem die organisatorischen Grundlagen geschaffen waren, wurden solche Hinweise dringlicher. Gleichzeitig entstand die Frage nach der Stellung der Rechtsanwaltschaft in der sozialistischen Rechtspflege, insbesondere im Strafverfahren.

So, wie die Rechtsanwälte erst durch eigene Bemühungen die Qualifikation sozialistischer Rechtsanwälte erlangen mußten, mußten auch Richter und Staatsanwälte die Bedeutung der sozialistischen Rechtsanwaltschaft für die sozialistische Gesetzlichkeit erst erkennen lernen. Deutlich läßt sich ablesen, wie die Beschlüsse der Partei der Arbeiterklasse diese Entwicklung bestimmten und sowohl Tempo als auch Verlauf der Herausbildung der sozialistischen Rechtsanwaltschaft davon abhingen, wie die Rechtsanwälte es verstanden, die Beschlüsse der Partei in ihrer Praxis umzusetzen.

Im Jahre 1958 stellte H. Benjamin als damaliger Justizminister in Auswertung der 35. Plenartagung des Zentralkomitees der SED auf einer Berichtswahlversammlung der Parteiorganisation des Berliner Kollegiums erstmalig die Forderung nach der Verwirklichung des Typus des sozialistischen Rechtsanwalts. Im gleichen Jahr erklärte H. R a n k e in Auswertung des V. Parteitages der SED, „daß die entscheidende Aufgabe die ideologische Wandlung der Rechtsanwaltschaft, d. h. die Erziehung zum sozialistischen Rechtsanwalt, darstellt“.⁵ Im Mai 1958 hatte die Zentrale Revisionskommission, von den Beschlüssen der Partei ausgehend, eine Entschließung über die ideologischen Aufgaben der Vorstände gefaßt, die für die weitere Entwicklung der Kollegien von grundlegender Bedeutung wurde. In ihr wurde die ideologische Erziehung als die Hauptaufgabe der Kollegien bestimmt und gefordert, daß